

Verantwortl. Redakteur: A. D. Köhler in Stettin.
Berleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 M. 50 Pf., mit Botenlohn 2 M.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: R. Hoff, Baakenstein & Bogler, G. E. Daube,
Invalidenbank, Berlin Bernh. Arndt, Max Bernmann,
Gierlich & Thienes, Halle a. S. Jul. Bock & Co.
Hamburg Wilhelm Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Gebr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Felix Faure †.

Der Präsident der französischen Republik, Felix Faure, ist gestern Abend 10 Uhr gestorben, so meldete uns heute in der frühesten Morgenstunde ein Telegramm, welches wir noch in einem Theil der letzten Nummer mittheilen konnten. Ein weiteres Telegramm befragt:

Präsident Felix Faure ist gestern Abend plötzlich am Gehirnschlag gestorben. Um 7 Uhr fand man ihn im Arbeitszimmer bewusstlos. Die herbeigerufenen Ärzte bemühten sich vergeblich, um 10 Uhr starb er.

Felix Faure ist am 30. Januar 1841 in Paris geboren, widmete sich der kaufmännischen Laufbahn und machte seine Lehrzeit in einem Gerberei- und Ledergeschäft durch. Er begründete darauf ein Aderergeschäft in Havre, wurde Mitglied und endlich Präsident der Handelskammer daselbst und Richter am Handelsgericht. Seine politische Laufbahn begann er 1881, wo er in die Deputirtenkammer gewählt wurde und sich den Opportunisten anschloß. In den Kabinetten Gambetta (1881-82), Ferry (1883-85) und Tirard (1887-88) war er Unterstaatssekretär der Kolonien, im zweiten Kabinet Dupuy (Mai 1894 bis Januar 1895) übernahm er das Marineministerium. Bei der Präsidentenwahl, die nach dem Rücktritt Casimir-Periers am 17. Januar 1895 in Versailles stattfand, erhielt der Kandidat der Radikalen, Brisson, 338 Stimmen, während auf die beiden Kandidaten der Opportunisten Faure 244 und Waldeck-Roussiau 184 Stimmen fielen. Da Waldeck-Roussiau sich dem Faure'schen verweigerte, wurde dieser im zweiten Wahlgang mit 430 gegen 361 Stimmen gewählt. Wenn auch Faure nicht wie sein Vorgänger Casimir-Perier einen entscheidenden Einfluß auf die Leitung der Regierung auszuüben suchte, so strebte er doch dahin, etwas mehr zur Geltung zu kommen, als Grevy und Carnot. So übernahm er z. B. bald nach seinem Amtsantritt wieder den Vorposten im Obersten Kriegsrath und suchte sich durch häufige Reisen über die Lage des Landes zu orientieren. Im Uebrigen blieb die französische Politik unter seiner Regierung in den alten Gleisen. Einen großen Triumph feierte er durch den Besuch des Kaisers Nikolaus II. 1896 in Paris, den er im folgenden Jahre in Petersburg erwiderte, bei welcher Gelegenheit das russisch-französische Bündniß öffentlich verkündet wurde. Gegen seinen Wunsch wurde am 28. September 1898 vom Ministerath unter dem Einfluß Brissons die Revision des Dreyfus-Prozesses beschlossen. Auch literarisch war Faure thätig, u. A. ist er der Verfasser eines von der Akademie preisgekröntes Werkes: „Le budget de France et des principaux pays d'Europe depuis 1888“.

Berlin, 16. Februar.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

21. Sitzung vom 16. Februar 1899, 11 Uhr.

Am Ministertische Schönlank und Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht das Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch und der Entwurf eines preuß. Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit, beide in erster Lesung.

Nach einem vom Abg. Dr. Krause (natl.) gestellten Antrag und nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, an welcher sich die Abgg. Busch (konf.), Schettler (konf.), Kirch (Zentr.) und Schmidt (Zentr.) beteiligten, wird die gemeinsame Besprechung beider Vorlagen beschlossen.

Abg. Dr. Krause (natl.) spricht dem Reichstage den Dank dafür aus, daß er das große nationale Werk des Bürgerlichen Gesetzbuches geschaffen. Mögen auch manche Wünsche unerfüllt geblieben sein, so ist doch eine Grundlage gegeben, auf der weiter gebaut werden kann und die eine Förderung der Rechts- und Verkehrssicherheit herbeiführt. (Bravo!) Redner empfiehlt die Vorberatung der Vorlage durch eine besondere Kommission. Die Vorlage regle die wenigen nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch noch offen gelassenen Materien im Allgemeinen in anzuerkennender Weise. Nur gegen Einzelheiten müssen noch Bedenken erhoben werden. Der rechtliche Wirkungsbereich der Frau und auch die Stellung der Unmündigen ist erweitert. Wünschenswerth wäre es gewesen, wenn die Stellung der Notare in Preußen näher angepaßt worden wäre den in anderen Einzelstaaten geltenden Bestimmungen. Ein Hinderniß würde es ihn berühren, wenn ein von den Konservativen vorbereiteter Antrag Beifall fände, wonach die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches um ein Jahr hinaus geschoben werden soll. In allen anderen Einzelheiten ist Alles zur Einführung bereit und da sollte Preußen zurückstehen? Bei uns ist ebenfalls Alles vorbereitet; die Richter haben sich informiert, und es würde eine ganz unnothige Härte sein, wenn man bei der Pensionierung älterer Richter rigoros vorgehen wollte. Wir wollen stolz sein auf unser Bürgerliches Gesetzbuch in dem Bewußtsein, daß eine gesunde Rechtspflege die stärkste Grundlage unseres Staatswesens ist. (Leb. Bravo!)

Abg. Dr. Weihe (L.) ist mit der Kommissionsberatung einverstanden und hat neue Bedenken bezüglich der Bestimmungen über die Mißbilligung der Wertpapiere und über die Stellung der Frauen.

Abg. Dr. Forst (Zr.) wünscht, daß eine Reihe von Bestimmungen, bei denen auf das noch übrig bleibende ältere Recht Bezug genommen wird, durch neu formulierte, präzise Bestimmungen ersetzt werden, um Zweifel möglichst zu beseitigen. Die Gründe, welche zur Stellung des konservativen Antrages Busch und Genossen auf Verschiebung der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches auf ein Jahr geführt haben, sind nicht zu verkennen und verdienen Beachtung; allein es ist doch nicht bekannt geworden, daß wirklich hindernde Gründe vorliegen. Jedenfalls müsse man die Ausräumung der Regierung hierüber abwarten.

Abg. Dr. Criegler (fr. Sp.) hätte gewünscht, daß man bei der Einleitung mehr ganze Arbeit gemacht hätte; ebenso hätte sich für die Frage der Haftung der Beamten bei Amtsver-

sehen eine einheitliche gesetzliche Regelung empfohlen. Auch mit der Regelung der Systeme des Güterrechts hätte man weitergehen und eine größere Einheitlichkeit herstellen können. Das Gesetz für die freiwillige Gerichtsbarkeit hat für die Stellung der Notare einige wichtige Bestimmungen geschaffen. Ueber den konservativen Antrag kann man sich erst erklären, wenn die Regierung sich geäußert haben wird. Jedenfalls wird die Regierung sich beileben müssen, die nötigen Vorbereitungen zu treffen, um die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches rechtzeitig zu ermöglichen. (Beifall links.)

Abg. Krause-Waldenburg (konf.) wünscht eine eingehende Prüfung des Antrages seiner Freunde. Es werde sich fragen, ob nicht Rücksichten auf wirtschaftliche und politische Verhältnisse und auf Behörden und Korporationen diesen Antrag annehmbar erscheinen lassen. Die rückwirkende Kraft, welche den Bestimmungen über das eheliche Güterrecht beigelegt ist, erscheint nicht unbedenklich.

Abg. Peltajohn (fr. Volksp.) hat gegen weniger wichtige Einzelheiten Bedenken, und hätte namentlich eine gleichmäßige Regulirung der Gebühren der Notare mit denen der Anwälte gewünscht.

Minister Schönlank dankt für die wohlwollende Aufnahme der Vorlagen und bittet in die Kommission nicht bloß Juristen, sondern auch Leute aus dem praktischen Leben zu senden, da voraussichtlich noch eine Reihe weiterer Gesetze dem Hause gehen und derselben Kommission überwiesen werden wird. Man habe von einer Noth-Session im Herbst gesprochen; er sehe dafür keinen Grund ein. Die Vorlagen seien umfangreich begründet, was die Kommissionsarbeit erleichtern werde. Ueberrascht habe ihn der Antrag der Konservativen. Wie die Staatsregierung sich dazu stelle, könne er nicht sagen; aber ohne zwingende Gründe werde sie dem Antrage nicht beitreten und sich zwingende Gründe seien ihm nicht bekannt. Jedenfalls würden solche Schwierigkeiten nicht geringer, sondern eher größer werden, wenn man das Inkrafttreten ein Jahr hinauschiebt. Voraussetzung für ein rechtzeitiges Zustandekommen ist allerdings, daß man die Vorlagen nicht beschwert mit anderen Einzelfragen, Gefinde-Recht, Wasserrecht, Kirchen- und Schulrecht u. A., gefordert das, dann wird auch die Arbeit bis 1901 nicht beendet sein. Es wird sich darum handeln, auch bei dieser Vorlage den Satz zu beibehalten: In der Beschränktheit zeigt sich erst der Meister! (Beifall.)

Auf eine Anregung des Abg. Schettler (L.) bemerkt

Minister Schönlank, daß man den älteren Richtern soweit als möglich entgegenkommen werde. Die Jurisprudenzstellung dieser Herren sei wesentlich eine Staatsfrage, die bei der Staatsberatung erledigt werden könne.

Abg. Schmidt (Zr.) wünscht eine einheitliche Regelung des Gebührenwesens und fürchtet, daß mit der Vorlage die Art an die Wurzel des rheinischen Notariats gelegt werde.

Abg. Bröge (L.) bittet namentlich den älteren Richtern gegenüber bei der Pensionierung entgegenkommend zu verfahren.

Damit schließt die Debatte. Die Vorlagen gehen an eine besondere Vier-Kommission.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung morgen 11 Uhr. (Statberathung Ministerium des Innern) und Zentralgenossenschaftsaussch. Schluß 3 1/2 Uhr.

Die Vorgänge in Frankreich.

Der Generalgouverneur von Algerien befindet sich in Paris, wo Rochefort und Mar Régis ihn einholen werden, um seine Ansichten zu vereiteln, kann man im „Zentralfreitag“ und in algerischen Blättern lesen. Herr Lafferrère soll nämlich mit der Regierung das Nähere in Betreff der beiden Gesetze besprechen, die dem Parlament gegenwärtig vorliegen, die Erhöhung der Naturalisierung in Algerien und die Verlängerung des Militärdienstes der algerischen Mannschaften von 12 Monaten auf drei Jahre mit der Frankgabe, daß diese Mannschaften ihre Zeit in Frankreich abtun müssen, statt in Algerien, wo sie nicht viel mehr als Milizen sind und sich, wie die letzten Monate deutlich gezeigt haben, gelegentlich an den Parteidämpfen beteiligen. Auf einem Banquet, welchem Rochefort am 11. Februar in Algier bewohnte, sprach der Präsident der Komittees, Garrot, die Worte: „Vor hundert Jahren hat sich ein Land, dem die Metropole solche Beamten (wie Lafferrère und den Präsidenten Lutaud) schickte, losgerissen; vor zwei Jahren hat sich eine andere Kolonie, welche von dem Mutterlande behandelt wurde, wie Algerien behandelt wird, seine Unabhängigkeit erklärt. Ich meine die Vereinigten Staaten und Cuba.“ Darauf antwortete Mar Régis: „Wenn man nicht begreifen will, was die Volkstundgebungen bedeuten, so werden wir mit Hilfe Rocheforts ein neues Algerien schaffen.“ Der „Radical algérien“ erließ gestern an die Bevölkerung von Algier einen Aufruf, worin diese antipatriotischen Verurteilungen charakterisiert und Garrot, Mar Régis, und Rochefort als Aufwiegler, welche die Fahne des Separatismus schwingen, gebrandmarkt werden.

Im gestrigen im Gijé abgehaltenen Ministerrath theilte der Kriegsminister Freycinet mit, daß er soeben keine früheren Institutionen erneuert habe, in welchen darauf hingewiesen worden war, daß die Offiziere sich jeder Theilnahme an Vereinen politischen Charakters zu enthalten hätten. Nach der Beendigung des Ministerraths wurden mehrere Minister über die Mittheilung einiger Zeitungen befragt, nach welcher der Justizminister Lebert beabsichtigen sollte, den Oberstaatsanwalt Manau abzusetzen. Die Minister antworteten, die Regierung habe sich mit dieser Angelegenheit nicht zu beschäftigen gehabt.

Die Nationaldruckerei begann gestern mit dem Druck der Untersuchungsakten; das vom Kassationshof niedergesetzte dreiköpfige Komitee überwacht die Arbeit, wobei die Regierung der Kriminalkammer volle Freiheit läßt.

Es steht eine Spaltung zwischen dem über die Reise nach Algerien enttäuschten Rochefort und den Antifemien bevor; die Prekampsagne hat bereits begonnen.

Aus dem Reich.

Das Kaiserpaar wird morgen aus Subersdorf nach Berlin zurückkehren.

Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen sind von Hongkong an Bord der „Deutschland“ nordwärts in See gegangen; in Amoy werde die „Deutschland“ mit der „Gefion“ zusammenzutreffen. Der preussische Major Viskum v. Gschäft, Generalstabsadjutant der 4. Armeeinspektion, hatte vorgestern Nachmittag in München das Unglück, daß ihm sein Reitpferd im Englischen Garten durchging und durch die Prinz-Regentenstraße und Hofgartenstraße auf den Marktplatz rannte, wo es mit dem Reiter stürzte. Major Viskum wurde bewußtlos vom Pferde getragen. Das Pferd blieb unverletzt. Prinz Leopold, der alsbald vom dem Unfall erfahren hatte, fuhr sogleich nach der Wohnung des Verunglückten, um sich nach dessen Befinden zu erkundigen. Major v. Viskum hat sich die linke Schulter gebrochen und erlitt ferner noch Hautabwühlungen im Gesicht. Der Verletzte mag gestern außer aller Gefahr. — Die Einrichtung des deutschen Schriftstellerbundes in Jena ist jetzt, wie der Justizdirektor Dr. Schreyer, der ein Grundstück für das Heim zur Verfügung gestellt hat, in einer Verammlung des Hausbesitzervereins mittheilte, gesichert. — Der mecklenburgische Landtag bewilligte gestern für die Regulirung der Elbe zwischen Parchim und Plan einen Betrag von 3 000 000 Mark. — Der Mainzer Bischof Dr. Haffner erließ einen Hirtenbrief, der einen Rückblick auf das 19. Jahrhundert darstellt. Es ist nichts Gutes, das dem Jahrhundert nachgelagert wird, es habe Trübsal, Bedrückung und Unglauben gebracht. Bischof Dr. Haffner stellt folgende Fragen: „Wird die Verfolgung der katholischen Kirche, welche die Weisheit der Staatsregierungen befähigt hat, nicht aufs neue sich erheben? Wird der Materialismus und Atheismus fortfahren dürfen, die Jugend zu vergiften und unserer Literatur den Stempel der Schmach und Schande aufzudrücken? Wird die Entchristlichung der Massen und die Umsturzbewegung in weiterem Umfang forschreiten?“ Hierauf heißt es in dem Hirtenbriefe: „Wer mit menschlicher Klugheit diese Mißstände und ihre Fortschritte betrachtet, der wird nicht ohne bange Sorgen in die Zukunft blicken. Weder Parlamentsreden noch Gesetze und Kabinetts-Erlasse vermögen dem Dampfe der Kettenfesseln, dem Döckhthum der Gottesleugner und den wilden Leidenschaften der Manner des Umsturzes einen Damm entgegenzustellen. Die Welt scheint vor einem Abgrund zu stehen, der alles verschlingt.“ Dr. Haffner sieht ein Heilmittel allein im Glauben: „Die Fürsten, aber auch die Bürger und besonders jene, welche durch Wahl zur Theilnahme an der Gesetzgebung berufen sind, haben die heilige Pflicht, die Grundzüge des Glaubens zur Geltung zu bringen. Wir haben in unserem Vaterland göttlich viele edle und hochbegabte Männer, welche dieser Pflicht eingedenk sind. Es ist Pflicht aller christlichen Männer, sie in den Bahnen zu unterstützen, und so auch ihrerseits dazu mitzuwirken, daß das Gesetz Jesu Christi Geltung habe in Staat, Gemeinde und Familie.“ Der Hirtenbrief enthält schließlich noch folgende bemerkenswerthe Sätze: „Wohle in allen Staaten, auf allen Thronen erkennen, dann würden die schwarzen Taten verschwinden, welche heutzutage Leben und Sicherheit bedrohen. Dann würden auch alle anderen Schäden der menschlichen Gesellschaft geheilt werden. Mit diesen Wünschen und Hoffnungen sehen wir dem künftigen Jahrhundert entgegen, vertrauensvoll auf die Macht des christlichen Glaubens, der die Welt überwindet.“

Deutschland.

Berlin, 17. Februar. Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Plenarsitzung dem Entwurf, betr. die Schlichtungs- und Flichtschlichtung, die Zustimmung ertheilt; ferner der Vorlage vom 16. Januar 1899, betr. die Aenderung des § 2 der auf den Befähigungsnachweis der Seeschiffer und Seefahrer bezüglichen Bekanntmachung vom 6. August 1887; dem vom Reichstag angenommenen Entwurf, betr. die Herabsetzung des Zolles auf gewisse Seidengewebe; endlich dem Entwurf einer Fernpredigebührenordnung. Der Reichstagsbeschluss, betr. die Zollbehandlung im Inlande veredelter Seidengewebe, wurde dem Reichskanzler überwiesen; den zuständigen Ausschüssen die Mittheilungen des Reichstagspräsidenten über die Reichstagsbeschlüsse zu den von den Abgeordneten Grafen von Hoppe, Grafen zu Limburg-Stirum und Aldert und Genossen eingebrachten Entwürfen von Gesetzen, betr. die Aufhebung des Gesetzes über den Orden der Gesellschaft Jesu bezw. die Aufhebung des § 2 dieses Gesetzes. Vom Geschäftsbericht des Reichsverwaltungsamts für das Jahr 1898 und von der Mittheilung, betr. Verhandlungen der Kommission für Arbeiterstatistik, wurde Kenntniß genommen und über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß der Gerichtshof in Ancona die italienischen Anarchisten aburtheilen würde, die während der Centristen des deutschen Kaiserpaars verhaftet wurden und verdächtig sein sollten, ein Bombenattentat vorbereitet zu haben. Die in Alexandria ercheinende „Reforme“ vom 1. Februar schreibt jetzt: Auf Anordnung der Untersuchungskammer des italienischen Konulargerichts werden die dreizehn in der Anarchistenangelegenheit verhafteten Personen wegen unerlaubter Verbindung oder wegen Herstellung und Verbreitung anarchistischer Schriften angeklagt. Die Untersuchungskammer schließt jeden Anschlag gegen den deutschen Kaiser aus und erklärt, gegen Mario Bazzani wegen Vorpiegelung eines Verbrechens einzuschreiten. Sie unterbreitet die Projektanten dem zuständigen Staatsanwalt bei dem Berufungsgericht in Ancona.

Im Anschluß der deutschen Kolonialgesellschaft widmete dessen Vorsitzender bei Beginn der letzten Sitzung dem verstorbenen Grafen von Caprivi die folgenden Worte: „Seit unserem letzten Zusammensein hat der Tod auch Bismarck's Nachfolger, den früheren Reichskanzler Grafen Caprivi, dahingerafft. In ihm ist ein Mann

aus der Welt geschieden, der an Seelengröße und echt deutscher Gesinnung gewiß von Wenigen überboten wurde. Zwar wissen wir, daß er die Ansehungen, von denen das Wirken der deutschen Kolonialgesellschaft getragen wird, nicht in vollem Umfange theilte und daß unter seiner Kanzlerschaft Vereinbarungen getroffen worden sind, die in weiten Kreisen der Kolonialfreunde Bedauern erweckten. Das aber muß in der Erinnerung unbedingt zurücktreten gegenüber der Gesamthätigkeit, die der Vereingte auf militärischem, maritimem und politischem Gebiete mit erstaunder Kraft und nimmer verjagender Opferwilligkeit entfaltet hat. Seine Verdienste richtig zu würdigen mag einer unparteiischen Geschichtsschreibung vorbehalten bleiben. Wir aber wollen das Gedächtniß dieses edlen, heldenhaften deutschen Mannes immerdar in Ehren halten.“

Zu der Mittheilung von der beabsichtigten Herstellung einer direkten Kabelverbindung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika schreibt der „New-York Herald“: „Der Plan wird auf allgemeine Zustimmung rechnen können. Jede telegraphische Verbindung zwischen fernen Ländern ist ein Beitrag zur Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen. Sie erleichtert und kräftigt den Handel zwischen den Völkern und verbindet sie fester in den Banden wechselseitiger Interessen. Der beschleunigte Verkehr durch ein direktes Kabel vermehrt den Austausch von Nachrichten und Gedanken, hilft Mißverständnissen vorbeugen und die Völker zu gemeinsamen Gesichtspunkten führen — eine Sache von eminentester Bedeutung in kritischen Zeiten, wenn sich der eine mit Sicherheit darauf verlassen kann, wie der andere die Lage ansieht. Es ist nicht zu viel gesagt, daß die Legung eines Ozeankabels die Wohlfahrt der Völker fördert wie ein Friedensschloß.“

In einem Artikel des Pariser „Journal“ über die Vorbereitungen zur Weltausstellung warnt Jules Claretie seine Landsleute davor, sich nicht von den Deutschen überlegen zu lassen. Es sei bereits in England bekannt, daß die deutsche Industrie die größten Anstrengungen mache, um auf der Ausstellung die englische so wohl als die französische Konkurrenz zu schlagen. Claretie schließt mit folgendem Aufruf: „Geduldig und arbeitsam, verpöchten sich die Deutschen nicht und zögern nicht. Sie sind bereit. Wie am Vorabend von Forbach sind sie jetzt für die große Industriefschlacht vorbereitet und ausgerüstet. Es fehlt ihnen nichts. Sie haben schon ihre Belagerung versucht. Schon morgen könnten sie ausfallen. Auch in den Champs-Élysées bläst eine Trompete zum Angriff für die menschliche und nationale Arbeit. Viele große französische Kundgebung, die das 19. Jahrhundert glänzend beschließen soll, darf nicht durch unsere Zwistigkeiten und unsere Mutarmuth zu einem industriellen Forbach werden. Zu den Waffen!“

Niederlande.

Amsterdam, 16. Februar. Das „Handelsblad“ erhielt folgendes Telegramm seines Korrespondenten in Niederländisch-Indien: Ein hoher Beamter in Melaboch (Atchin) berichtet, Taku Umar, der Führer der aufständischen Atchinesen, sei am 10. dieses Monats bei dem Kampf in der Nähe von Melaboch getödtet worden, der Leichnam sei nach Patimogat, woselbst die Grabstätte der Mutter Taku Umars ist, geschafft worden.

England.

London, 16. Februar. Unterhans. Parlaments-Unterschiedler Brodrick erklärt, die Konferenz zur Bekämpfung des Anarchismus habe beschlossen, die Verhandlungen als geheime zu betrachten. Es sei daher nicht möglich, Schriftstücke darüber vorzulegen. Uebriens hätten bei den Schlussabstimmungen die englischen Delegirten sich der Abstimmung enthalten, England sei daher durch die vereinbarten Beschlüsse nicht gebunden.

Laurence fragt an, ob mit Deutschland wegen der neutralen Zone im Hinterlande der Goldküste Verhandlungen stattfinden und ob jenes Gebiet jetzt für den Handel geöffnet sei. Brodrick erwidert, Verhandlungen fänden gegenwärtig nicht statt, aber das bestehende Abkommen hindere durchaus nicht, daß dort Handel getrieben werde.

Bughan fragt an, ob der Sultan von Oman an Frankreich einen Hafen oder eine Kohlenstation abgetreten habe, oder abzutreten im Begriffe sei. Brodrick erklärt, soweit er unterrichtet, sei dies nicht der Fall. — Das Haus verwarf ohne Abstimmung einen Antrag Seton Starr's zur Adresse, wonach eine Untersuchung über die steigende Abhängigkeit Englands von der Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande und die daraus im Kriegsfall sich ergebenden Zufälle angestellt werden sollte. Im weiteren Laufe der Debatte erklärte Ritchie, das Handelsamt, die Admiralität und das Landwirtschaftsministerium hätten jene Frage untersucht. Das Ergebnis dieser Untersuchung gäbe indes der Regierung keine Veranlassung, die von Antragsteller erwarteten schlimmen Folgen zu fürchten. Der Ackerbau sei in England niemals entwickelter gewesen als jetzt. (Rufe: Oho!)

Ein Arrangement, durch welches England eine größere Zufuhr von Nahrungsmitteln aus den Kolonien erhalten könnte, sei wünschenswerth, aber wenn ein solches nur mittels einer Einrichtung in der Art von Schutzstellen möglich sei, so sei dies eine so eingreifende Abweichung von der Politik, welche die große Mehrheit des Landes adoptirt habe, daß das gewünschte Resultat unerreichbar sei. Eine starke, mächtige Flotte sei der Hauptfaktor zum Schutze der Lebensmittelfuhr aus dem Auslande. Keine Regierung sei des Vertrauens würdig, welche nicht die Sicherung der Handelswege zum Hauptziel ihrer Politik mache. Was die Kostenverhältnisse bei der Erlangung von Nahrungsmitteln zu bewältigen haben, mit denen die britische Flotte nicht zu rechnen brauche. England müsse, wenn es blühten würde, nicht der Gefahr der Hungersnoth ausgebeugt sein, da die hohen Preise Getreide aus allen Welttheilen ankommen würden, solange das Getreide nicht als Kriegskontrebande erklärt würde und auf neutralen Schiffen zugeführt werden könnte. Würde eine fremde Macht das Getreide als Kriegskontrebande erklären, so würde dies auf die Gegenseite Amerikas und vielleicht auch anderer Länder stoßen. Das System der Prämien für einheimisches Getreide sei unpraktisch, auch das System nationaler

Affekuranz sei undurchführbar. Mittheilung der Idee der Errichtung nationaler Getreidevorräthe.

Arbeiterbewegung.

Aus Hamburg wird über das Ergebnis der gestrigen Verhandlungen, die unter Vermittelung des Senators O'Swald zur Beilegung des Streites zwischen Schauerleuten und Stauern geführt werden, nach Mittheilung unterrichteter Stauer gemeldet, daß die Angelegenheit voraussichtlich eine friedliche Beendigung finden werde; die Möglichkeit eines Anstandes erseiene bereits jetzt ausgeschlossen. — In Magdeburg haben die Schneider und Schneiderinnen einen neuen erhöhten Lohnvertrag aufgestellt und beschlossen, daß die Arbeitgeber schriftlich unter Befügung ihrer eigenhändigen Namensunterschrift an die Arbeitgeber mit der Bitte herantreten sollen, vom 1. März d. J. ab den neuen Lohnvertrag anzuerkennen und bis zum 1. April d. J. eigene Wertpapiere einzurichten. Sollten diese Forderungen nicht anerkannt werden, so wollen die Arbeitnehmer in einen Ausstand eintreten.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 17. Februar. Der Deutsche Fischereiverein hielt Mittwoch Abend im Reichstagsgebäude seine Generalversammlung ab, die in Behinderung des Fürsten Hatzfeld vom Kammergerichtsrath Ulbes geleitet wurde. Das Landwirtschaftsministerium hatte den Geheimen Ober-Regierungsrath von Friedberg entsandt; auch der Geheimen Baurath von Münstermann aus demselben Ministerium war zugegen. Sämtliche 23 angegeschlossenen Vereine waren durch Delegirte vertreten, aus Württemberg war Hof-Jägermeister von Plato erschienen. Den Geschäftsbericht erstatteten Generalsekretär Fischer und Michas-Berlin. Ihren Ausführungen war zu entnehmen, daß im abgeschlossenen Jahr 1897 bis 1898 28 490 Mark, im laufenden 1898-99 bereits 33 172 Mark für Zwecke der Hebung der Fischerei verausgabt sind und zwar im laufenden Jahre u. A. 21 000 Mark für Laich- und Forellenzucht, 2400 Mark für die jonstige Salmonenzucht und 6161 Mark für die Förderung der Teich- und Seemücherei. Auch für die Wiederbelebung der durch die Krebspest entvölkerten Gewässer ist erfolgreich gewirkt worden. Im Interesse des Vereins wirkten ferner die Biologische Station zum Studium der Fischkrankheiten in München, die in 180 Fällen Rath ertheilte und in 135 Fällen Spezialuntersuchungen anstellte, die Biologischen Wanderstationen und die Stationen am Müggelsee und in Plön. Eine der bedeutungsvollsten wissenschaftlichen Thaten des Jahres ist die Entdeckung des Erregers der Krebspest durch Dr. Hofer in München. — Die Zahl der Mitglieder hat sich auf der bisherigen Höhe erhalten, man ist befreit, die Kreise der Berufsfischer, die sich noch etwas zurückhaltend zeigen, immer mehr heranzuziehen. Der neue Etat wurde in Einnahme und Ausgabe mit 63 850 Mark festgelegt; 56 000 Mark Zuschuß zahlt das Reich, 4500 Mark das preussische Landwirtschaftsministerium, 1850 Mark die übrigen deutschen Regierungen. Für die wissenschaftlichen Stationen zahlen außer dem Etat des Vereins das preussische Landwirtschaftsministerium 10 500 Mark, das preussische Kultusministerium 1200 Mark und die Stadt Berlin 500 Mark. Neu in den Vorstand wurden gewählt Oberbürgermeister Delbrück-Danzig, Regierungs- und Forstirath Oberst-Krause, Ministerialdirektor von Saage-München, Professor Dr. Hofer-München, Emil Höpfer-Stettin, Fischereiaufschafter Liezmann-Brandenburg, Baurath Mecklen-Dannover, Rittergutsbesitzer Schirmer-Neuhaus und Stadtrath Schrader-Stolp. Die Versammlung beschloß sich sofort mit der Lage des Fischereiverbandes in Deutschland. Dr. Döbiger-Schwerin gab vor Allem ein Bild der bedrückten Lage der Stromfischerei in Norddeutschland, die verschuldet ist durch die Strombauten, durch die Verunreinigungen der Fischläufe, durch die Schiffahrt und endlich auch durch die Raubfischerei. Fischmeister Hübner-Frankfurt a. O. betonte vor Allem die Unzulänglichkeit und den Werth einer Fischereistatistik. Er konnte bereits sehr interessantes statistisches Material vorlegen, aus dem hervorging, daß die Gesamtfänge der deutschen Berufsfischer etwa 14 600 betragen, wovon auf die Provinz Brandenburg 2000 und auf die 5 Landkreise um Potsdam 725 entfallen. Vom Werth der Fischerei kann man sich einen Begriff machen, wenn man berechnet, daß jeder dieser 725 Fischer einen Jahreserwerb von ca. 1000 Mark und daß diese 725 000 Mark einem Wassergebiet von 12 000 Hektar abgerumen werden müssen, so daß also pro Hektar ein Ertrag von 60 1/2 Mark herauskommt.

Auch in der Umgegend von Stettin ist die Hundesperre nunmehr fast überall aufgehoben, u. besonders in Grabow, Bredow, Jülichow, Frauendorf, Bollintzen, Goglow, Gienken, Stralwick, Alt- und Neu-Duchholz, Stolzenhagen, Barlow, Heuershof, Zabelsdorf, Adewitz, Grünz, Warin, Neuhof, Sommersdorf, Friedebeld und Stadt und Gut Pentum, ferner in Polchow, Brunn, Böhsendorf, Nemis, Esterberg und Stedow.

Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen unter dem Viehbestande des Rittergutes Pentum, des Gutsbezirks Pentum und des Gutes Warin und sind über die Gehöfte die Sperren verhängt.

Schieben mit scharfen Patronen n findet statt am 21. bis 24. Februar seitens der Kompagnien des Infanterie-Regiments Nr. 148 im Gelände am Siebenbrüderbach nördlich von Wuffow, Schürfichtung von Osten nach Westen; vom Wege Wuffow-Bogelhang gegen die Stettiner Stadtfort, und am 23. Februar seitens des 1. Bataillons des Königs-Regiments in der Wuffower Schlucht.

Die Pommerse Feuer-Societät erhebt für das 2. Halbjahr 1898 nur 50 Prozent der Normalbeiträge, seit langer Zeit war ein so günstiger Stand nicht zu verzeichnen. Während für das Jahr 1897 140 Proz. der Normalbeiträge erhoben werden mußten, wird der Bedarf des Jahres 1898 durch 110 Proz. nicht allein gedeckt, sondern es können von der ausgeschriebenen

